

Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer
Polizistinnen und Polizisten
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krümmel

- **Bundessprecher** -

Thomas Wüppesahl
Kronsberg 31
D - 21502 Geesthacht-Krümmel

Tel.: 04152 – 885 666
Fax: 04152 - 879 669
Email: Dario.Thomas@t-online.de

Montag, 21. März 2016

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Zu den Ausnahmezuständen in bundesdeutschen Fußballstadien – hier: Borussia
Mönchengladbach.**

„Komm ruhig rein, dann kann ich dir gleich in die Fresse hauen“

Immer wieder kommt es in bundesdeutschen Fußballstadien zu polizeilichen Vorgehensweisen die denen in bürgerkriegsähnlichen Einsatzlagen ähnlicher sind als solchen Spielanlässen und fernab einer effektiven Kontrolle und der Anwendung von Recht und Gesetz nur noch wie entfesselt auf BürgerInnen ein, die einem der bedeutendsten Hobby (Fußball) in diesem unserem Lande das nicht unwesentlich mit „Brot und Spiele“ geführt wird, frönen wollten:

Was für eine Polizei will unsere Gesellschaft?“

Am Samstag, 12.03.2016, anlässlich des Fußballbundesligaspiels zwischen Borussia Mönchengladbach gegen Eintracht Frankfurt – es geht also vor allem um´s liebe Geld, dem schnöden Mammon, eine der neuen Götzen unserer Kultur -, kam es bei der Begleitung der Frankfurter Fans durch Angehörige der Bundespolizei zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und gravierenden Übergriffen.

Der Frankfurter Nordwestkurve-Rat schreibt in seiner Stellungnahme vom 17.03.2016:

"Einige Polizisten äußerten offen ihre Freude an Faust- und Knüppelschlägen. Im

Schutze der fehlenden Kennzeichnung sowie der Sturmhauben konnte sich diese Einheit, nicht zum ersten Mal, in einen wahren Gewaltrausch steigern."

Die Stellungnahme des Nordwestkurve-Rats ist unserer Pressemitteilung beigelegt. Wir können nicht abschließend beurteilen, welche Aussagen stimmen. Aufgrund der uns vorliegenden Zeugenaussagen sind die stattgefundenen Gesetzes- und Rechtsverletzungen durch bedeutende Teile der eingesetzten Polizeikräfte zahlreich und außerordentlich gravierend.

Die Ausführungen des Frankfurter Westkurve-Rats zu der Aussichtslosigkeit von Kritik an polizeilichem Fehlverhalten aufgrund von Corpsgeistpersionen, wozu auch der Schulterschluss der StaatsanwältInnen mit den PolizeibeamtInnen gehört, dem regelmäßigen gewähren lassen solcher staatlich organisierter Gewaltexzesse durch die veröffentlichte Meinung (Medien), den großen Polizeigewerkschaften, der Politik – insbesondere Parteien und Parlamente – ist von uns Kritischen PolizeibeamtInnen wenig hinzuzufügen bzw. zu ändern.

Vielmehr zeichnet sich die o.a. Stellungnahme von hoher Reflektion, Selbstkritik und dem durchgängigen Bemühen aus, sachlich die tatsächlichen Abläufe zu schildern; ganz im Gegensatz zu Pressemitteilungen aus den Pressestellen der Polizeien, die dann allerdings i.d.R. Eins zu Eins durch die Medien übernommen werden.

Dieser Bereich der Verrohung der Sitten im Staatsapparat stellt das weitere dängen von Motivation zur Ablehnung des etablierten Parteiensystems dar und führt „natürlich“ insbesondere zu einem weiteren Abbau von Respekt gegenüber den PolizeibeamtInnen in der Bundesrepublik.

Gleichzeitig bejammern und bemitleiden InnenpolitikerInnen – gleich welcher Partei – und noch mehr die Polizeifunktionäre in den großen Polizeigewerkschaften den Rückgang von Respekt gegenüber unseren BerufskollegInnen. Angesichts der Realität sagen wir: Wie lächerlich, oder: „So ´was kommt von so was.“

Die Kritischen unterstützen die Forderung nach der Kennzeichnung von Beamten im Dienst seit Jahrzehnten. Nicht nur die Filmaufnahmen von Stuttgart21, Rote Flora-Einsätze in Hamburg, EZB-Einsätze in Frankfurt, CASTOR-Einsätze nach Gorleben, Berlin-Kreuzbergs „Mai-Festspiele“, eigentlich überall wo besondere Einsatzlagen bestehen, machen immer wieder klar, dass Polizeigewalt außer Kontrolle gerät.

Die Opfer erfahren in der Regel weder Gerechtigkeit noch Entschädigung. Weder vor Gericht, schon gar nicht durch parteilich – entgegen ihres gesetzlichen Auftrags nach den Vorgaben der Strafprozessordnung - arbeitende Staatsanwaltschaften und leider auch immer noch nicht einmal ansatzweise in der übrigen Zivilgesellschaft.“

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Thomas Wüppesahl